

Nach dem Hochwasser: Politische Gespräche für verbesserten Hochwasserschutz

Politiker und Landwirte diskutieren nach dem Junihochwasser über Entschädigungen und effektiven Hochwasserschutz im Landtag.

In der Region Donau-Ries hat das Hochwasser im Juni bedeutende Diskussionen über den Hochwasserschutz und die Entschädigung von Landwirten ausgelöst. Ein kürzlich stattgefundenes Treffen im Landratsamt beleuchtet, wie eng die Interessen von Landwirtschaft und Umweltschutz miteinander verbunden sind und welche Herausforderungen in dieser Zeit bestehen.

Treffen der Interessenvertreter im Landratsamt

Vor einigen Tagen fand ein wichtiges Gespräch zwischen Landwirtschaftsvertretern und dem Landrat Markus Müller im Dillinger Landratsamt statt. An diesem Treffen nahmen auch die Kreisbäuerin Annett Jung sowie der Kreisobmann Klaus Beyrer vom Bauernverband (BBV) teil. Hermann Kästle, ein Vertreter der Initiative „Land schafft Verbindung“ (LsV), war ebenfalls anwesend. Die Diskussion drehte sich um die Herausforderungen, die sich aus gleichzeitigem Hochwasser- und Naturschutz ergeben, insbesondere bei der Grabenpflege, wo es zu Konflikten kommen kann.

Politische Maßnahmen und Entschädigung

Die Landwirte hob hervor, dass sie bereit sind, über ihre Felder Wasser zum Schutz von Menschen und Eigentum fließen zu lassen. Sie betonen jedoch, dass sie die Zusagen der Bayerischen Staatsregierung aus der Riedstrom-Erklärung von 2016 einfordern, die bei Hochwasserereignissen Entschädigungen von bis zu 80 Prozent des Schadens vorsehen. Manuel Knoll, der Höchstädter Abgeordnete der CSU, hat sich ebenfalls für eine schnellere Genehmigung von Schutzmaßnahmen eingesetzt, um ähnliche Katastrophen in der Zukunft zu verhindern.

Künftige Veranstaltungen und gemeinsames Handeln

Nach der Sommerpause planen die Vertreter der Landwirtschaft – Bauernverband und LsV – eine gemeinsame Veranstaltung im Landkreis. Ziel dieser Zusammenkunft ist es, den aktuellen Stand der Angelegenheiten zu erörtern und politische Forderungen zu bündeln. Neben dem Landrat sind auch die Bürgermeister sowie die Abgeordneten der Regierungsparteien eingeladen. Ein gemeinsames Handeln könnte hier die Möglichkeit bieten, Verbesserungen für die Region zu erreichen.

Das Problem der Genehmigungen

Knoll hat in einer Pressemitteilung darauf hingewiesen, dass die langwierigen Genehmigungsverfahren für Hochwasserschutzmaßnahmen als das Nadelöhr des Schutzes angesehen werden müssen. Er schlägt vor, die Verfahren zu beschleunigen, damit Kommunen eigenständiger im Hochwasserschutz agieren können, ähnlich wie beim Straßenbau.

Die Debatten und politischen Maßnahmen in dieser Region sind nicht nur notwendig, um den kurzfristigen Herausforderungen durch Hochwasser zu begegnen, sondern zeigen auch die Wichtigkeit von Zusammenarbeit und einer ganzheitlichen Betrachtung von Naturschutz und Hochwassermanagement.

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)